

Roosevelt frisch Panikstimmung auf Neuer hysterischer Anfall des USA.-Präsidenten

Der USA.-Präsident Roosevelt hat der von ihm erzeugten Panikstimmung in Amerika scheinbar wieder einmal neuen Auftrieb gegeben wollen. So beantwortete er die Einladung zu einem Festbankett in New York mit folgender Absage:

„Die außenpolitische Spannung ist in diesen Tagen so groß, daß ich unwahrscheinliche Anläufe berücksichtigen muß, bevor ich eine Einladung außerhalb Washingtons annehme.“

Mit dieser wilden Schwarzmalerei arbeitet Roosevelt nun schon seit Mitte Februar, lange bevor die europäischen Demokratien das Schwert für ihre Einkreisungsbefehle geschwungen hatten. Damals verkündete er demonstrativ die amerikanischen Flottenmanöver und sprach von „beunruhigenden Nachrichten aus Europa“. Seitdem wendet der Präsident diese Methode immer wieder an, wenn es gilt, gewisse Festschläge seiner Wahnsinnspolitik zu verurteilen.

„USA.-Politik treibt zum Krieg“

Ein früherer Vertrauter hat Roosevelt wieder einmal die Wahrheit gesagt. General Johnson, der vor Jahren noch die rechte Hand des Präsidenten bei Durchführung seines Wirtschaftsplans war, gestellte vor dem Außenamt die Politik Roosevelts, wie er es fast täglich in 76 großen USA.-Zeitungen mit einer Gesamtauflage von 5,5 Millionen Exemplaren tut.

Wenn Amerika, so erklärte er u. a., aus irgendeinem Grunde einen kriegsführenden Staat durch wirtschaftliche Aktionen maßregeln, dann begehe es eine Kriegshandlung. 1917 sei Amerika schon durch einen Wirtschaftskrieg in die militärischen Auseinandersetzungen hineingezogen worden. Hatte die USA.-Politik an ihren jetzigen Methoden fest, so müsse sie sich eines Tages vorwerfen, einen Krieg verursacht zu haben.

Die Juden triumphieren

An einem großen Bestechungsstandal bekommt

Amerika wieder einmal ein Beispiel von den jüdischen Gaunermethoden und die unbegrenzten Möglichkeiten des „ausgewählten Volkes“ in USA.

Die New-Yorker Staatsanwaltschaft untersucht zur Zeit den geheimnisvollen Abbruch eines Prozesses gegen den Oberbürgermeister Ellenslein aus Newark (New Jersey) sowie eine Anzahl anderer Objekten, die unter der Anklage umfangreicher Grundstücksfälschungen stehen. Das Prozedere gegen Ellenslein und Genossen, das schon mehrere Monate andauerte und dem Staat New Jersey 600 000 Dollar kostete, wurde überraschend eingestellt, als einer der Schöffen eine halbe Stunde, nachdem der Fall den Geschworenen zur Beratung übergeben worden war, plötzlich an einer Blinddarmentzündung erkrankte und operiert werden mußte. Andere Schöffen weigerten sich zwei Tage lang ohne Angabe von Gründen, dem Versuch der übrigen Geschworenen zuzustimmen, die Ellenslein in allen Anklagepunkten schuldig befanden hatten.

Seit stellte es sich heraus, daß der an Blinddarm erkrankte Schöffe ein wegen Sittlichkeitsverbrechens verurteilter früherer Buchhändler ist. Der Verdacht liegt nahe, daß alle drei Schöffen von den Angeklagten bestochen wurden, zumal die Bestechung von Geschworenen in den korrupten USA.-Gerichten an der Tagesordnung ist.

Wieder über 500 Millionen Dollar für Rüstungen

Kauf von 600 Flugzeugen.

Das Unterhaus nahm den regulären Militärhaushalt für das am 1. Juli beginnende Etatsjahr in Höhe von 508 789 824 Dollar an. 95 Millionen Dollar sind allein für den Ausbau der Luftwaffe und den Kauf von 600 Flugzeugen vorgesehen. Der bewilligte Betrag ist um sieben Millionen Dollar niedriger als der vom Kriegsministerium angeforderte Etat.

Verhandlungen mit Litauen

Neuordnung der deutsch-litauischen Wirtschaftsbeziehungen. Seit Montag weist in Berlin eine litauische Delegation unter Führung des Ministerialdirektors im litauischen Außenministerium, Korkaitis, um mit der deutschen Regierung die Frage der Neuordnung der deutsch-litauischen Wirtschaftsbeziehungen zu erörtern.

Die Verhandlungen über die Einrichtung eines litauischen Freihafens in Memel werden gleichfalls aufgenommen werden.

Am 3. und 4. Mai d. J. findet in Kassel die 6. Arbeitstagung der „Confederazione fascista degli Industriali“ und der „Reichsgruppe Industrie“ statt. Hierzu wird eine starke Abordnung italienischer Industrieller erwartet. Neben einer Aussprache über allgemeine, die italienische und die deutsche Industrie interessierenden Fragen werden Fachgespräche einzelner Industriezweige stattfinden.

USA. soll Grönland kaufen

Bundes Senator Bundesentscheid

Der „New York Sun“ meldet, hat Bundes Senator Vandenberg dem Kongress nicht nur empfohlen, die holländischen Kolonien Curacao und Guayana für die Vereinigten Staaten zu erwerben, sondern auch Dänemarks einzige Kolonie Grönland. In allen Fällen wird der „Ankauf“ aus strategischen Gründen gefordert. Während Curacao und Guayana als wichtiger Schutz für den Panamakanal dienen sollen, soll Grönland offenbar zur Anlage von angeblich defensiven Flugzeugstützpunkten dienen.

In diesem Zusammenhang ist es bezeichnend, daß in der USA.-Presse mit verdächtigem Häufigkeit neuerdings gegen die Anwesenheit einer deutschen Luftfahrtvertretung auf Island polemisiert wird. Vom „Ankauf“ Islands ist allerdings bisher noch nicht die Rede.

Parade der 140 000 in Madrid

Am 15. Mai

Wie nunmehr feststeht, werden an der großen Parade in Madrid am 15. Mai etwa 140 000 Mann teilnehmen. Alle Armeekorps und Formationen, die am Kriege beteiligt waren, werden durch ein Bataillon oder wenigstens eine Kompanie vertreten sein. Der Vorbeimarsch dürfte fünf bis sechs Stunden dauern.

Die spanische Presse bringt an hervorragender Stelle eine Rede des Militärgouverneurs von Barcelona, General Alcazar Arenas, der die größte Bedeutung beigemessen wird. Der General sagte u. a.: „Franco war der Auserwählte des Volkes und des Heeres für die Rettung Spaniens. Er hat sie erreicht.“ „Nun, Franco, tue was du willst. Wenn du Führer sein willst, sei Führer. Wenn du Diktator sein willst, sei Diktator. Wir werden ohne Widerrede gehorchen. Was du befehlst, wird geschehen, zum Wohle Spaniens!“

Dem Hungertod ausgeliefert

Englands Kampf gegen Frauen und Kinder in Arabien. Welchen furchtbaren Leiden die Araber ausgesetzt sind, die unter der englischen Krone stehen, zeigen die täglichen Schreckensnachrichten aus Palästina. Schlimmer, als es die britischen Terroristen in dem Dorfe Beit Nima trieben, geht es eigentlich nicht mehr.

Als die englischen Soldaten dort bei einer ihrer berüchtigten Durchsuchungen neun Gehekre fanden, wurde die gesamte Bevölkerung einschließlich der Frauen und Kinder in die Wüste getrieben und dort unter militärischer Bewachung gehalten. Als die Unglücklichen mehrere Tage ohne Lebensmittel und Wasser den gegenwärtig besonders heißen Schitrowind ausgesetzt waren, versuchten einige Verzweifelte, die englische Postkette zu durchbrechen, um an Wasser zu gelangen. Sie wurden von den Engländern durch Gewehrfire zurückgetrieben.

In Jerusalem ist die Empörung gegen diese britischen Methoden so gewachsen, daß sich — ungeachtet aller damit verbundenen Gefahren — Frauen und Kinder zu Demonstrationen sammelten, bei denen sie England anklagten und den Mord und die arabische Nationalbewegung hochleben ließen. Auch hier wurde wieder Militär an

die Frauen und Kinder eingesetzt. Eine Abordnung der arabischen Frauen Jerusalems wandte sich an die diplomatischen Vertretungen und bat die fremden Staaten um Lebensmittel zur Bekämpfung der größten Not.

Auf jeden Fall Unabhängigkeit

Auch das belgische Kabinett Pierlot für strikte Neutralität. Das neue belgische Kabinett Pierlot stellte sich dem Parlament in Brüssel vor. Ministerpräsident Pierlot verlas die Regierungserklärung. Seine Politik verfolge ein dreifaches Ziel: 1. die Sicherung der Unabhängigkeit Belgiens durch die Einigkeit aller Belgier; 2. Reform des Regimes durch eine energiegelbere Beachtung seiner Grundregeln; 3. Wiederaufrichtung der Wirtschaft und Finanzlage.

Zur Außenpolitik erklärte Pierlot: „Wir werden der von den vorhergehenden Regierungen verfolgten Linie treu bleiben. Die Politik der Unabhängigkeit hat zu wiederholten Malen die Zustimmung des Parlaments und der Nation erhalten. Sie entspricht gleichzeitig den höchsten Interessen des Landes und dem gemeinsamen Interesse der Mächte, die in ihren Erklärungen vom Jahre 1937 davon Kenntnis genommen haben. Die Aufrechterhaltung dieser Lage fordert, daß die Verteidigung Belgiens und des Kongos gesichert sind. Die Regierung wird die erste Pflicht haben, unseren militärischen Apparat in dem ganzen Ausmaß, der unsere Sicherheit erfordert und den unsere Hilfsmittel erlauben, zu vervollständigen.“

Im Zeichen der Friedenssicherung

Der jugoslawische Außenminister in Berlin

Der jugoslawische Außenminister Dr. Alexander Cincar-Markowitsch traf mit der fahrplanmäßigen Luftkutsch-Waschins, von Belgrad kommend, in Berlin ein, um der Einladung des Reichsaußenministers von Ribbentrop Folge zu leisten.

Außenminister Markowitsch wird begleitet vom deutschen Gesandten von Seereen, vom Deutschlandresidenten des Belgrader Außenministeriums Geheimrat Giorgejewitsch und Geheimrat Sabrowitsch sowie von seinem Kabinettschef Schetschewitsch und dem Sonderberichterstatter des Zentralpresbüros Fedja Zowanowitsch.

In politischen Kreisen Belgrads mißt man der Tatsache, daß Cincar-Markowitsch mit einem so zahlreichen Begleitstab, große Bedeutung bei. Man bemerkt auch, es sei zum erstenmal, daß ein jugoslawischer Außenminister mit dem Flugzeug eine solche Reise unternimmt. In der dabei erreichten Verbindung zwischen der jugoslawischen und der deutschen Hauptstadt komme nicht nur die enge Nachbarschaft zwischen Deutschland und Jugoslawien, sondern auch die Wortwärtsentwicklung der beiderseitigen Freundschaftsbeziehungen symbolisch zum Ausdruck.

Deutsch-jugoslawische Aussprache

Dr. Cincar-Markowitsch bei Reichsaußenminister von Ribbentrop. Der Reichsaußenminister des Auswärtigen von Ribbentrop empfing den jugoslawischen Außenminister Dr. Cincar-Markowitsch zu einer längeren Aussprache über die deutsch-jugoslawischen Beziehungen. Die Unterredung wurde in einem freundschaftlichen Geist geführt und ergab eine weitgehende Übereinstimmung der Auffassungen über die beiden Länder betreffenden Fragen.

Berückung der Zusammenarbeit

Abends war der jugoslawische Außenminister Dr. Cincar-Markowitsch Gast des Reichsministers des Auswärtigen von Ribbentrop bei einem Abendessen im Hotel „Esplanade“, an dem von jugoslawischer Seite neben den Herren der Begleitung des jugoslawischen Außenministers der Gesandte in Berlin, Dr. Andrić, mit den Mitgliedern der jugoslawischen Gesandtschaft und der Kommandant der Luftkutschtruppe, Generalleutnant Janowic, teilnahmen. Von deutscher Seite waren nam-

Autoritäres Regime in Bolivien

Parlamentarische Mithwirtschaft beiseite — Alle Gewalt beim Staatspräsidenten

In dem südamerikanischen Staat Bolivien ist ein autoritäres Regime gebildet worden. Der Umsturz ist ohne jeden Zwischenfall erfolgt. Keinerlei Gewaltmaßnahmen oder Verhaftungen waren notwendig. Die gesamte Staatsgewalt ruht seit in den Händen des Staatspräsidenten, Oberfeldmarschall G. M. D. B. H. Hinter ihm steht geschlossen das Heer. Besonders die Garnisonen von La Paz und des Chaco-Gebietes billigen begeistert die Handlungsweise ihres früheren Befehlshabers aus dem Kriege mit Paraguay.

Die zunächst zurückgetretene Regierung ist mit der vorübergehenden Weiterführung der Geschäfte beauftragt. Sämtliche Abgeordnetenmandate wurden für ungültig erklärt. Zu einem späteren Zeitpunkt soll die Ausschreibung von Neuwahlen erfolgen. Präsident B. H. D. B. veröffentlichte eine ausführliche Proklamation, in der er die Gründe für sein Handeln auseinandersetzt. Der Präsident stellt zunächst fest, daß er bei der Uebernahme seines Amtes im Jahre 1927 den Versuch gemacht habe, durch die großzügigste Gewährung aller Freiheiten die Wiederherstellung der Nation nach dem schweren Kriege mit Paraguay am besten zu fördern. Diese Annahme habe ihn aber bitter enttäuscht. Die öffentliche und private Unmoral seien zu chronischen Unruhen geworden. Unlautere Machenschaften und Bestechungen waren an der Tagesordnung. Eine Kontrolle der Geldverwaltung der öffentlichen Hand habe es unter der parlamentarischen Mithwirtschaft nicht gegeben. Vor allem die ziellose Presse sei daran mitschuldig. Anstatt eine vaterländische Aufgabe durch die Ausrichtung der öffentlichen Meinung auf ein gemeinsames großes Ziel zu erfüllen, habe sie nur niedrigen Partei- und Privatinteressen gedient. Dieser Appell, aus dem der entschlossene Wille spricht, mit den angeführten Mithständen aufzuräumen, hat höchste Zustimmung in allen Kreisen der Bevölkerung gefunden.

Verwirrung in der chilenischen Presse

Die Regierungskreise nahestehende Zeitung „La Nación“ in Santiago de Chile jammert über den Regierungswandel in Bolivien und erklärt, daß man es mit einem „neuen Schlag gegen die Demokratie“ zu tun habe. Dabei gesteht die Zeitung ein, daß „alle überamerikanischen Regierungen ihre Bürger gegen die totalitäre Gefahr“ anhielten. Das Blatt kann sich nicht mit dem Gedanken abfinden, daß Bolivien möglicherweise die totalitäre Gefahr anheilen. Die öffentliche Meinung über die Verwirrung in der chilenischen Presse. Die öffentlichen Blätter in Santiago de Chile nehmen zwar noch nicht Stellung, drücken aber ihre Verwirrung in den Ueberschriften aus. Die Ueberschriften zeigen durchweg von dem Einfluß der bekannten unterirdischen Organisationen des Judentums und machen demzufolge gegen den neuen Kurs in Bolivien Front.

Die Ostmark kommt zu Besuch

Große Ostmark-Ausstellung in Berlin

„Berge, Menschen, Wirtschaft der Ostmark“, so heißt die große Sommerausstellung, die am Berliner Funkturm vom 26. Mai bis 25. Juni stattfindet und für die Generalfeldmarschall Göring die Schirmherrschaft übernommen hat.

Die Ausstellung wird alles zeigen, was das Leben des Landes und Volkes kennzeichnet, Kultur und bildende Kunst, Land- und Forstwirtschaft und die Jagd, Industrie und Handwerk. Eine besondere Abteilung führt die mannigfaltigen „Wiener Spezialitäten“ vor. Im Vorhof schon wird eine in Wien zusammengestellte moderne Kunstschau „Berge und Menschen der Ostmark“ Bilder der großartigen und idyllischen Landschaften, der Berge, Seen und der Menschen zeigen. Das Brauchtum wird besonders stark vertreten sein. Dann wird der Besucher durch Reisebilder, Karten und historische Belegstücke einen Eindruck von der deutschen Sendung der Ostmark bekommen.

hafte Vertreter von Staat, Partei und Wehrmacht anwesend.

Reichsaußenminister von Ribbentrop würdigte die Zeit, in der Cincar-Markowitsch sich als Gesandter in Berlin für die Festigung und Vertiefung der deutsch-jugoslawischen Freundschaft eingesetzt habe und gab der Uebersetzung Ausdruck, daß die vielfältigen Beziehungen zwischen Deutschland und Jugoslawien auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet in vertrauensvoller Zusammenarbeit weiter ausgebaut werden. Diese Zusammenarbeit werde, sei die beste Gewähr für eine weitere fruchtbarere Gestaltung des freundschaftlichen Verhältnisses zwischen beiden Völkern.

Der jugoslawische Außenminister Dr. Cincar-Markowitsch erwiderte:

Ich kann Euer Erzählen verstehen, daß es auch unter aufrichtiger Wunsch ist, die Zusammenarbeit zwischen unseren beiden benachbarten Völkern auch weiter fortzusetzen, in der Vertiefung des gegenseitigen freundschaftlichen Verständnisses zwischen dem deutschen und jugoslawischen Volke, sowohl in ihrem eigenen Interesse, als auch im Interesse des Friedens, welchen die königlich jugoslawische Regierung mit allen seinen Nachbarn aufs aufrichtigste wünscht und worüber sie bisher schon so viel sichtbare Beweise gegeben hat.

Der herzliche Empfang, der mir von dem Momente an, wo ich den Boden Deutschlands betrat, zuteil wurde, befestigt in mir den Glauben, daß unsere Aussprache von besonderem Nutzen für das deutsche und das jugoslawische Volk sein werden.

Der Berliner Besuch des jugoslawischen Außenministers schließt sich an die italienisch-jugoslawischen Besprechungen in Benedig an, die mit einem Bekanntnis Jugoslawiens zu der Achse Berlin-Rom ausklangen. Cincar-Markowitsch führt die Linie der jugoslawischen Außenpolitik fort, die seit mehr als einem Jahrzehnt eingehalten wird. In dem Bestreben, die Selbständigkeit zu bewahren, hat sich Jugoslawien nicht von den Einkreisungsmächten einfangen lassen, sondern ist weiter bemüht, in freundschaftlicher Zusammenarbeit mit seinen Nachbarn zu stehen.

Wir begrüßen Cincar-Markowitsch als einen Vertreter des Staates, der stets ein gutes Verhältnis zum Deutschen Reich gepflegt hat, und wir erwidern die Hochachtung, die das jugoslawische Volk vor Deutschland hat, das ungeachtet aller Einkreisungsmanöver der westdemokratischen Staaten unbedeutend die Politik des Friedens und der freundschaftlichen Beziehungen weiterführen wird.

Wir begrüßen Cincar-Markowitsch als einen Vertreter des Staates, der stets ein gutes Verhältnis zum Deutschen Reich gepflegt hat, und wir erwidern die Hochachtung, die das jugoslawische Volk vor Deutschland hat, das ungeachtet aller Einkreisungsmanöver der westdemokratischen Staaten unbedeutend die Politik des Friedens und der freundschaftlichen Beziehungen weiterführen wird.